

Kirche und Politik: unklare Verhältnisse

Beim Karfreitag-Feiertag macht die Regierung einen ersten Schritt zur Abschaffung von Kirchenprivilegien. Es wird der einzige bleiben, fürchtet **Niko Alm**. Er fordert die Trennung von Kirche und Staat

Von Renate Kromp Foto: Ricardo Herrgott

Es gibt Menschen, die finden das, was sich die Regierung rund um den Karfreitag und den „persönlichen“ Feiertag ausgedacht hat, ganz gut. Und zwar nicht nur jene Bundesbediensteten, die vom Beamtenminister trotz Abschaffung des Feiertages für Protestanten und Altkatholiken großzügig Freizeit geschenkt bekommen, und jene Gemeindebediensteten, deren Bürgermeister da nicht nachsehen wollen. Auch wer sich seit Jahr und Tag für eine Abschaffung von staatlich garantierten Religions- und Kirchenprivilegien einsetzt, kann dem Beschluss, den viele Menschen für ein PR-Desaster der türkis-blauen Koalition halten, etwas abgewinnen. Niko Alm zum Beispiel. „Ich bin sehr froh, dass das Karfreitagsprivileg gefallen ist“, sagt er, und: „Es wäre billig, die Neuregelung zu kritisieren, nur weil sie von einer Regierung kommt, mit der oder mit deren Politik man sonst nicht einverstanden ist.“ Ebenso sei es falsch, zu kritisieren, dass der von den Unterstützern der EuGH-Klage angestrebte Feiertag für alle nun nicht kommt: „Mehr Freizeit für alle ist ein redliches Ziel, das ich als Bürger gerne teile, aber dafür ein neues religiöses Privileg zu schaffen, kann nicht Sinn und Zweck der Übung sein.“

Er hätte diese Angelegenheit nicht anders geregelt, sagt Alm, wenn auch aus anderen Motiven: „Die Regierung hat ihre unternehmerfreundliche Stammklientel befriedigt. Und sie hat gewusst, wenn ich einer Gruppe eine Kleinigkeit zugestehe, habe ich keine Möglichkeit, sie anderen Gruppen zu verweigern. Norbert Hofer hat ja gesagt, er will keinen muslimischen Feiertag.“ Natürlich könnten sich Muslime nun durch akkordiertes Freinehmen etwa zum Opferfest einen Quasifeiertag schaffen. „Oder die 25 Prozent Konfessionsfreien

in der Bevölkerung durch gemeinsames Freinehmen am Darwin-Day. Aber ich denke, das wird nicht passieren. So gut organisiert sind wir nicht. Uns eint nur die Ablehnung von Religion.“

Alm scheut in seinem Kampf um die Trennung von Kirche und Staat weder Aktionismus noch argumentative Kleinarbeit. Mit einem Ausweisfoto, das ihn mit Nudelsieb auf dem Kopf zeigt, kämpfte er für die Anerkennung der „Kirche des Fliegenden Spaghettimonsters“ als Bekenntnisgemeinschaft. Letztlich erfolglos. Aber immerhin: Aufmerksamkeit hat das gebracht. Nun legt der frühere Kommunikationsunternehmer, Neos-Abgeordnete und nunmehrige Addendum-Geschäftsführer seine Argumente für eine Entflechtung von Religion und Politik auf gut 250 Seiten in einem Buch im Detail dar.

Und er argumentiert auch, welche weiteren Feiertage man abschaffen könnte. Wobei: gar kein Feiertag, so radikal ist nicht einmal ein radikaler Laizist. „Ich bin ja nicht blöd, ich hab auch lieber einen Tag frei. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich je – weder als Unternehmer noch jetzt – darüber gejamert hätte, dass irgende-

mand am Feiertag nicht arbeitet oder dass ich selbst lieber gearbeitet hätte. Das wäre ja absurd.“ Alm würde Weihnachten als arbeitsfreie Zeit im Kalender lassen, „auch wenn man darüber streiten kann, welchen historischen Hintergrund diese paar Tage rund um die Wintersonnenwende wirklich haben.“ Hingegen könnte man auf Fronleichnam und Maria Himmelfahrt, Tage, bei denen kaum noch jemand weiß, warum sie frei sind, verzichten. Dass aber die öffentliche Hand ihren Bediensteten trotzdem freigibt, so wie nun am Karfreitag, „geht gar nicht. Das ist eine ungerechtfertigte Bevorzugung.“

Religion raus aus den Schulen

Freilich sind für Alm die Feiertage nicht das fragwürdigste unter den Kirchenprivilegien. Dass der Staat an seinen Schulen aufgrund des Konkordats Religionsunterricht zulassen und auch noch bezahlen muss, dieses Recht muss weg, findet er. „Die Kinder mit sechs Jahren einzufangen und im eigenen Wertesystem erziehen zu können, ist das beste Marketingwerkzeug, das die Kirchen haben – von der Allgemeinheit finanziert.“ Dass der nun geplante Ethikunterricht nur für jene vorgesehen ist, die nicht in Religion gehen, und diese Stunden oft auch noch von Religionslehrern gehalten werden, hält Alm für paradox und unvereinbar. „Es unterrichtet ja auch kein Religionslehrer gleichzeitig Islam und Buddhismus.“ Prinzipiell plädiert er dafür, dass Religionsunterricht an Schulen gar nicht stattfindet und statt dessen Ethikstunden für alle. Doch das ist von der Politik nicht gewollt.

Denn eigentlich ist es doch so: Viele Politiker in Österreich wollen gar nicht von der Religion entflochten werden, sei es aus eigenem Glauben, sei es wegen potenzieller Wählerstimmen der Gläubigen. „Als

Abgeordneter im Parlament ist es mir so vorgekommen, als wären vor allem die Abgeordneten der ÖVP viel vehementere Verteidiger der Kirche und der Glaubenslehre, als es die Kirche selbst ist – bis hin zu aggressivem Verhalten.“ Bei Haltungsfragen wie pränataler Diagnostik oder Abtreibung lobbyiert die Kirche und weiß, wer ihre Ansprechpartner im Parlament sind. Und das wäre bei der von ihm angestrebten Trennung von Kirche und Staat auch zulässig, sagt Alm: „Wenn der Staat weltanschaulich neutral ist, hat die Kirche wie jede andere Vereinigung das Recht, ihre Meinung und ihr Programm zu lobbyieren.“ Er vertrete nicht den Laizismus, der Kirche aus der Politik hinausdrängen wolle, sondern eine „Laizität, die Religion zulässt, aber eben nicht gesetzlich bevorzugt. Ich brauche aber auch keine Religionsabwehrgesetze.“

Umgekehrt bedient sich auch die Politik der Religion. Etwa wenn FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache im Wahlkampf ein Kreuz zur Hand nimmt oder wenn gegen den politischen Islam und für das christliche Abendland Stellung bezogen wird. Inländer gegen Ausländer unter dem Deckmantel unterschiedlichen Glaubens. Alm: „Da wird versucht, eine kulturelle Reibung, die es gibt und die nichts Böses ist, religiös einzufärben. Muslime gegen ‚Nichtmuslime‘. Und die ‚Nichtmuslime‘ werden auf einmal, auch wenn sie nicht religiös sind, zu Vertretern eines früher christlichen, jetzt christlich-jüdischen Erbes, das die FPÖ früher vielleicht nicht so bemüht hätte.“ Dabei, so Alm, könnte man auch auf diesem Feld ohne Religion argumentieren: „Es ist ein Zeichen der Unfähigkeit, nicht in der Lage zu sein, sich auf humanistische Werte oder Werte der Aufklärung zu berufen. Es gibt die Verfassung, die Europäische Menschenrechtskonvention und genügend andere Gesetze, man muss nicht vom christlichen Erbe fabulieren.“

Doch wenn einer der Repräsentanten dieses christlichen Erbes öffentlich gegen den Regierungskurs Stellung bezieht, wie es Kardinal Christoph Schönborn im Fall der Sicherungshaft getan hat, zeigt sich wiederum, wie stabil die Gefolgschaft von Politikern gegenüber der Kirche wirklich ist: „Ich glaube, dass es der Regierung relativ egal ist, was Schönborn zu Sicherungshaft sagt. Regierungen machen trotz Konkordat, was sie wollen. Es gibt einfach einen Säkularisierungsprozess, auch wenn er zu einem gewissen Teil noch nicht abgeschlossen ist.“



Neues Buch

Was wäre, wenn Religion Privatsache wäre? Und warum wird sie es nicht? „**Ohne Bekenntnis. Wie mit Religion Politik gemacht wird**“ von Niko Alm liefert Erklärungen. Residenz Verlag, 22 Euro

